

DER SPIEGEL

DAS DEUTSCHE NACHRICHTEN-MAGAZIN

DEUTSCHLAND

BERLIN

VISUM-ZWANG

Aber was?

(siehe Titelbild*)

Kurz nach Mitternacht springt die Ampel, die den Weg zum DDR-Grenzkontrollpunkt Marienborn freigibt, von Rot auf „Freie Fahrt“. Der West-Berliner Bernhard Ruhland, 32, Kommanditist der Firma „Ferdinand Paul Krüger, Konstruktionen in Stahl,

berliner Personalausweis“ mit Schönschrift. Dann klebt er sorgfältig eine Gebührenmarke auf das Papier. Ruhland: „Passen Sie bloß auf Ihre Briefmarken auf.“ Albrecht: „Sie sammeln wohl welche, blaue Mauritius und so.“

Ruhland ist abgefertigt. Er hat die Visum-Nummer 516/6. Ein DDR-Major: „Seit 0.01 Uhr ist das in Kraft.“

In Kraft sind seit 0.01 Uhr Donnerstag letzter Woche die neuen Paßbestimmungen der DDR. Wie der Geschäftsmann Bernhard Ruhland („Wenn die das so haben wollen, na schön“) bekommen Deutsche bei der

So geschah es in der Nacht zum 13. Juni allenthalben an den Grenzübergängen zwischen den beiden Teilen Deutschlands. So soll es nach dem Willen der DDR bleiben. Die Deutschen, seit 20 Jahren getrennt, sind nun auch auf dem Papier geschiedene Leute.

Sie wissen längst, daß sie einander fremd werden, daß die Regierungen der beiden deutschen Staaten sich so unversöhnlich gegenüberstehen wie eh und je. Aber nun — unmittelbar vor dem bundesdeutschen Tag der Einheit in Freizeit am 17. Juni — drückten ihnen Ulbrichts kreisrunde Stempel die Gewißheit auf, daß der eine Teil



Lkw-Schlange vor dem DDR-Kontrollpunkt Marienborn: Vor dem Tag der Einheit ein Stempel für die Teilung

Aluminium, Messing, Kupfer“, fährt mit seinem Fiat 125 (Kennzeichen: B-JW 813) zur Abfertigung vor.

„Jetzt kriegen wir den Laufzettel, wa?“, begrüßt er den Offizier der DDR-Volksarmee, und der ergänzt: „... und einen Antrag.“ Gemeint ist: ein Visum-Antrag. Ruhland füllt das Formular aus, streicht „Bürger der westdeutschen Bundesrepublik“ und läßt stehen: „Bürger der selbständigen politischen Einheit Westberlin“.

Hinterm Abfertigungsschalter 7 bearbeitet Unteroffizier Albrecht Ruhlands rosafarbene „Anlage zum West-

Reise in oder durch die DDR nun alle einen Visum-Stempel — West-Berliner in die neue „Anlage zum Personalausweis“, Bundesbürger in ihren Reisepaß.

Am Grenzübergang Herleshausen/Wartha war der Fernfahrer Horst Hielscher aus Freiburg der erste Bundesbürger, dem um 0.05 Uhr die DDR-Grenzer („Wären Sie zehn Minuten früher gekommen, hätten Sie sich das noch ersparen können“) das Siegel mit Hammer und Zirkel in den Reisepaß drückten. Hielscher („Na, dann kriege ich wohl einen Blumenstrauß“) füllte den Visum-Antrag Nr. 000 001 aus und erhielt das Visum 497/1.

Deutschlands für den anderen Ausland ist.

Die DDR, die sich mit einem Passepartout aus Stacheldraht umgeben hat, will nun partout den Paß sehen. Bis auf die Impfung gegen Cholera und Pocken muß sich jetzt ein Bürger, der von Herford nach Erfurt fahren will, Hoheitsakten unterwerfen, als reise er zu den Fidschi-Inseln.

Das mutet grotesk an in einer Zeit, da in Westeuropa nur noch das autoritäre Portugal von den Bundesbürgern Pässe zu sehen wünscht; da die Weltmächte die Entspannungspolitik in Europa zum Programm erhoben haben; da sogar die über zwei Jahrzehnte vom Geist des Kalten Krieges

* DDR-Visum-Stempel vom 13. Juni 1968.



DDR-Innenminister Dickel (l.), DDR-Politiker*: Das Protokoll verzeichnet Heiterkeit ...

erfüllte Ostpolitik Bonns mählich, aber erkennbar Wandel durch Annäherung sucht.

Doch was dem Westen anachronistisch vorkommen muß, ist für die DDR, was sie auf Schildern an ihren Staatsgrenzen seit langem verheißt: „Ein Weg in eine glückliche Zukunft.“ Mit jedem Stempel, den die roten Grenzer in bundesdeutsche Pässe drucken, bekräftigt die DDR ihren Anspruch, in der Welt etwas zu sein, von Bonn als souveränes Gebilde anerkannt zu werden und sich als „sozialistischer Staat deutscher Nation“ in der Geschichte einen Platz zu sichern.

Dieser DDR-Maxime gilt, was letzte Woche Innenminister Friedrich Dickel auf Geheiß von SED und mit Billigung Moskaus der Volkskammer verkündet hat. In der 9. Sitzung ihrer Volkskammer waren die DDR-Abgeordneten so wohlgelaut wie selten. Das Protokoll verzeichnet, was dem System sonst fremd scheint: „Heiterkeit.“

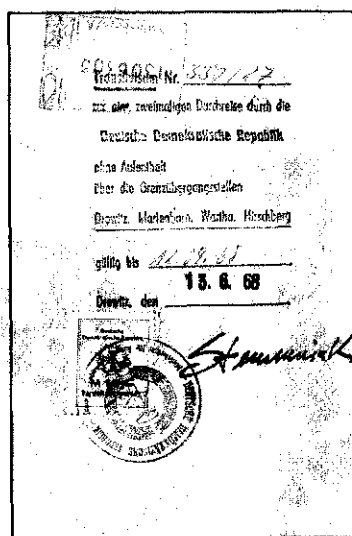
Sechsmal bei zwei Reden quittierten die Volksvertreter, die ihr Amt meist schweigend auszuüben pflegen, die Ausführungen, die sie anzuhören hatten, mit „Richtig“ oder „Sehr richtig“, mit „Sehr wahr“ und sogar mit „Hört, hört“. Ein Abgeordneter rief dazwischen: „Wer nicht hören will, muß fühlen.“

Mit diesem Sprichwort aus dem Schulmeister-Schatz verdeutschte der DDR-Abgeordnete den Sinn des von der Regierung präsentierten und von der Volkskammer gebilligten Paragraphenbündels:

- ▷ Bürger der Bundesrepublik dürfen nur noch mit Paß (bisher auch mit Personalausweis) in und durch die DDR reisen. Für Aufenthalte in der DDR brauchen sie ein „Einreisevisum“ und ein „Ausreisevi-

sum“, für die Fahrt nach und von West-Berlin ein „Transitvisum“, für einen Tagesaufenthalt in Ost-Berlin (wie bisher) eine „Tagesaufenthaltsgenehmigung“.

- ▷ Für West-Berliner Bürger gelten analoge Bestimmungen, nur werden die Visa „auf einer Anlage zum gültigen West-Berliner Personalausweis“ eingetragen.
- ▷ DDR-Bürger benötigen für Reisen nach Westdeutschland und West-Berlin statt des Ausweises einen Reisepaß, der bei Fahrten in die Bundesrepublik ein „Ausreisevisum“, bei Reisen nach West-Berlin einen „Sichtvermerk“ erhalten muß.
- ▷ Die Kosten eines Transitvisums sind für eine Fahrt auf fünf, für Hin- und Rückfahrt auf zehn Mark festgesetzt worden. Für ein Einreisevisum müssen 15, für ein Aus-



DDR-Transitvisum
... die dem System fremd ist

reisevisum fünf Mark gezahlt werden. Eine vierköpfige Familie, die Verwandte in der DDR besucht, muß mithin allein für Visa 80 Mark aufbringen. Eine Tagesaufenthaltsgenehmigung für Ost-Berlin kostet fünf Mark, ebensoviel ein Sichtvermerk.

- ▷ Die sogenannten Mindest-Umtauschsätze sind erhöht worden. Beim Aufenthalt in der DDR müssen Bundesbürger je Person und Tag künftig zehn (bisher fünf) West- in Ostmark umtauschen; West-Berliner haben schon bisher soviel zahlen müssen. Erhalten West-Berliner Einwohner Passierscheine für den Aufenthalt in Ost-Berlin, so haben sie je Tag fünf (bisher drei) Mark einzuschleusen; Bundesbürger haben schon bisher soviel zahlen müssen.
 - ▷ Eine „Steuerausgleichsabgabe“ ist „für Beförderungsleistungen westdeutscher und West-Berliner Unternehmen auf Straßen und Wasserstraßen der DDR“ eingeführt worden — und zwar:
 - ▷ drei Pfennig je Tonne und DDR-Kilometer; vier Pfennig je Tonne und Kilometer bei der Beförderung von „gefährlichen Gütern“ wie Öl und Benzin; 0,8 Pfennig je Person und Kilometer für die Beförderung „von Personen mit Kraftfahrzeugen“ westdeutscher oder West-Berliner Firmen; 35 Pfennig (gefährliche Güter: 45 Pfennig) je Tonne bei Transporten auf dem Mittel-landkanal; 70 Pfennig (gefährliche Güter: 90 Pfennig) je Tonne bei Transporten „auf anderen Wasserstraßen“.
- Gewiß ist, daß sich diese Pfennige summieren werden. Alles in allem, kassiert die DDR künftig rund 100 Millionen West-Mark jährlich mehr als bisher. Berlins Regierender Bürgermeister Klaus Schütz illustriert am Beispiel: „Eine vierköpfige Familie, die (im Transit) von und nach Berlin fährt, muß für diese Reise jetzt 40 Mark mehr aufwenden; ein 20-Tonnen-Lastzug, der über Lauenburg nach Berlin fährt, muß jetzt zusätzlich zur Straßenbenutzungsgebühr 134,40 Mark entrichten; ein 400-Tonnen-Lastkahn, der über die Elbe nach Berlin kommt, zahlt jetzt ungefähr 400 Mark „Steuerausgleichsabgaben“.“

Ungewiß ist, wie sich die politischen Anordnungen auswirken werden:

- ▷ „Verboten“ sind „Transporte mit Druckerzeugnissen der neonazistischen ‚NPD‘ oder anderen neonazistischen Materialien im Güterverkehr durch das Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik“; solche Transporte sind „durch die Zollorgane ... zurückzuweisen“.
- ▷ DDR-Zollorgane dürfen „nur solche Transporte zulassen, deren Warenbegleitscheine West-Berlin nicht völkerrechtswidrig als zu Westdeutschland gehörig bezeichnen“.
- ▷ Es werden „Zolldokumente nicht anerkannt, die die Alleinvertragsanmaßung beinhalten“, ersatzweise werden von den DDR-

* Am 11. Juni nach der Volkskammersitzung in Ost-Berlin; rechts: DDR-Justizminister Kurt Wünsche.

Behörden „eigene Dokumente ausgestellt“.

Das alles wurde in Ost-Berlin geheimgehalten — aber daß etwas Ungeöhnliches ins deutsche Haus stand, war spätestens klar, als Walter Ulbricht Ende Mai von einer Mission nach Moskau zurückkehrte und bekannt wurde, DDR und Sowjet-Union hätten die bislang weitestreichenden Vereinbarungen getroffen.

Daß Visa-Anträge in der DDR beireitlagen, wußte die Bundesregierung ohnedies seit zwei Jahren. Daß die DDR für Postleistungen und den Transitverkehr zwischen der Bundesrepublik und West-Berlin Geld haben wollte, teilten ihre Minister den Bonnern offiziell mit — unter Angabe der Konto-Nummer.

Gleichwohl wußten am Morgen des 11. Juni, für den die Volkskammer einberufen worden war, die westdeutschen Geheimdienste — wie schon vor dem Mauerbau 1961 — nichts. Als in den Morgenstunden erste Gerüchte über bevorstehende DDR-Pressionen aufkamen, beschied der Verfassungsschutz als Antwort: Alles ruhig. Der BND ließ wissen, nichts drohe.

So traf es dann Minister und Abgeordnete, Brüder und Schwestern diesseits der Zonengrenze wie ein kalter Schlag. Berlin war wieder eine Sorge wert. Den ehemaligen Chef der Stadt und jetzigen Bundesaußenminister Willy Brandt, gerade auf Staatsvisite in Österreich, erteilte die Nachricht im Wiener Hotel „Imperial“. Im Unterhemd an der Zimmertür lehnend, las er Reportern vor, was er mit schwarzem Filzstift hastig auf einen Luftpostbogen des Hotels gekritzelt hatte: „Die westlichen Schutzmächte werden es über jeden Zweifel klarmachen müssen, daß sie für die Lebensfähigkeit von Berlin und für den ungehinderten Zugang nach Berlin mit allem Nachdruck einstehen.“

Bundeskanzler Kiesinger besprach sich gerade mit dem Bonner Finanzkabinet, als die schlechte Kunde aus Ost-Berlin zu ihm drang. Er ließ den Gesamtdeutschen Minister Herbert Wehner und AA-Staatssekretär Duckwitz zu sich ins Arbeitszimmer bitten, wo er mit ihnen, zusammen mit Kanzleramts-Staatssekretär Guttenberg und Vize-Sprecher Conrad Ahlers, beriet. Er kündigte dem Regierenden Berliner Bürgermeister Klaus Schütz per Kabel sofortige Gespräche mit den Alliierten an.

Doch als Schütz, der seinerseits einen „schwarzen Tag für die Deutschen“ gekommen sah und in Berlin schon mit den stellvertretenden Stadtkommandanten sprach, das dechiffrierte Kanzler-Telegramm seinen versammelten Beratern vorlas, flackerte in der betretenen „Was nun“-Runde für einen Moment verlegenes Gelächter auf: Der Kanzler erbat Hinweise, was er denn mit den Alliierten besprechen sollte.

Schon diese Reaktionen der ersten Stunde zeigten, was in den folgenden Tagen deutlich wurde: die Ohnmacht

Bonn gegenüber den Pressionen Ost-Berlins und die Erkenntnis, daß auch die Alliierten nichts würden ändern können. Würden es die Alliierten, so formulierte es die „Stuttgarter Zeitung“, „bei einem geharnischten Protest bewenden lassen, oder werden sie mehr tun? Aber was?“

Empörung und Resignation mischten sich in der deutschen Presse von rechts bis links. Die „Welt“ in Hamburg nannte die DDR-Berlinale einen „Piratenstreich“ und erkannte doch, „daß formale Rechte und Bedingungen... so gut wie nicht verletzt sind“. Die linksliberale „Frankfurter Rundschau“ fand es „wirklich widerlich, was Ulbricht und seine Leute da neuerdings ausgeheckt haben“, und konstatierte doch: „Wir müssen unseren Ärger hinunterschlucken, so schwer das auch fallen mag.“

Alles, was die Bundesrepublik im Innersten zusammenhält — Koalition und Opposition, Gewerkschaften und das Güterfernverkehrsgewerbe —, trat wieder einmal an zum Protest. Doch

ein internationales allenfalls im War-testand.

Das ist klar, seit die Alliierten Ulbrichts Mauer-Bau 1961 geschehen ließen — wenngleich unter Protest. Und damals wurde deutlich, daß die alliierte Position in der Hauptstadt der Besiegten von der Stunde des Sieges an schwer gewesen war.

Die Alliierten waren angewiesen auf Zufahrtswege, die — lebenswichtigen Nabelschnüren gleich — 200 Kilometer durch sowjetisch kontrolliertes Gebiet führen. Und als Stalin, inzwischen mit den Verbündeten von einst verfeindet, 1948 diese Zufahrtsstraßen sperrte, schien der dritte Weltkrieg nahe. Denn US-General Lucius D. Clay wollte den Durchbruch mit Panzern erzwingen.

Doch Washington fand noch einen Ausweg: Die Amerikaner gingen in die Luft, überbrückten mit ihren „Rosenbombern“ die Blockade zu Lande, akzeptierten aber auch die politische Teilung der Stadt durch die SED und gaben damit zu erkennen, daß sie sich mitsamt ihren beiden Verbündeten



Berlin-Besucher Kiesinger, Berlin-Chef Schütz: Pfahl im Fleisch

er blieb so wirkungslos wie diesmal selbst eine Aktion von SDS-Studenten, die ihren Protest nicht durch die Mauer tragen durften und klagten, die DDR habe „sozialistische Politik durch bürokratische Bestimmungen“ ersetzt.

Was der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft als ein „brutaler Rückfall in Formen des Kalten Krieges“, dem CDU-Abgeordneten Johann Baptist Gradl als „klarer Fall von Erpressung“ und Bayerns CSU als „kalte Demontage des Berlin-Status“ erschien, machte deutlich, daß Bonn — einst Verfechter einer Politik der Stärke — in der Deutschlandfrage machtlos ist.

Den „Pfahl im Fleisch“ des Ostens, wie Ernst Reuter die Halbstadt West-Berlin einst nannte, benutzt Walter Ulbricht nun als Hebel gegen Bonn. Und Bonn muß tatenlos zusehen, wenn die DDR diesen Hebel bedient. Die Alliierten, die den Deutschen das Problem längst gern überlassen würden, fühlen sich nicht berührt, solange ihre Rechte auf Zugang zum westlichen Teil der alten Reichshauptstadt unangestastet bleiben. Oder anders: Berlin ist nur noch ein deutsches Problem —

künftig nur noch für West-Berlin zuständig fühlen.

Nach Beendigung der Blockade 1949 gaben sich die Amerikaner mit einer Zufahrtsregelung zufrieden, die, so der US-Botschafter Murphy, „ihren legitimen Anspruch auf Zugang zu dieser Stadt nicht uneingeschränkt“ erfüllte.

Die Grenzen des Anspruchs machte, neun Jahre später, Nikita Chruschtschow deutlich. Am 27. November 1958 forderte er die Westmächte ultimativ zur Räumung Berlins innerhalb sechs Monaten und zur Umwandlung der Westsektoren in eine „Freie Stadt“ auf.

US-Außenminister John Foster Dulles, Stalins Blockade in Erinnerung, reagierte vorsichtig: Falls Moskau die Kontrolle über den alliierten Berlin-Verkehr an Ulbricht übergebe, könnten die Amerikaner die DDR-Wächter als „Agenten“ und „Erfüllungsgehilfen“ der Russen akzeptieren. Und auch Präsident John F. Kennedy — bei seinem Amtsantritt im Januar 1961 noch immer mit dem unterdessen prolongierten Chruschtschow-Ultimatum konfrontiert — ging es „nicht darum, ob russische oder ostdeutsche Grenz-

wächter westliche Papiere auf der Autobahn stempeln..."

Er postulierte die drei „Essentials“, für die allein Amerika eintreten würde — notfalls mit Waffengewalt: Anwesenheit der westlichen Truppen in West-Berlin, Zugang für die Alliierten zur Stadt und Lebensfähigkeit der Stadt West-Berlin.

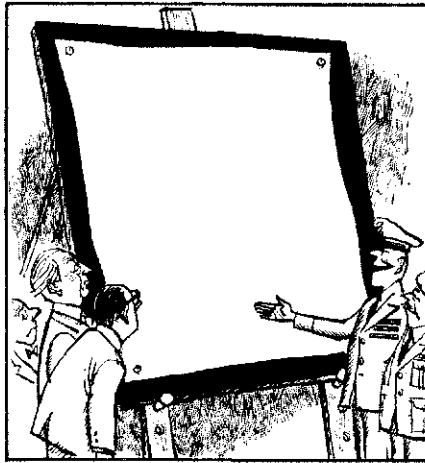
Die Sowjets akzeptierten die neue Berlin-Spielregel. Als sie Ulbrichts Grenzer am 13. August 1961 die Berliner Mauer bauen ließen, tasteten sie keine der drei Kennedy-Maximen an. Und als DDR-Menschen im Oktober am Checkpoint Charlie in der Friedrichstraße auch US-Soldaten visitieren wollten und die Amerikaner Panzer aufmarschieren ließen, brachen die Russen den Testversuch prompt ab.

Nur noch einmal seither, im Oktober 1963, machten die Sowjets den Versuch, die Reste des Viermächte-Status von Berlin durch Druck auf die Amerikaner noch zu schmälern. Sie stoppten am Autobahn-Kontrollpunkt Babelsberg einen US-Militär-Konvoi.

52 Stunden lang lagen sich Rotarmisten und GIs in Kampfstellung gegenüber: zwölf rote Schützenpanzer, eine Vierlingsflak und eine Infanteriekompanie gegen 61 Amerikaner. Dann zogen die Russen, als sei nichts gewesen, wieder ab. Die Sowjets öffneten den Schlagbaum, und die US-Kolonnen bekam freie Fahrt — wie bislang alle anderen nach ihr.

Im selben Maße aber, in dem sich Sowjets und Westmächte aus ihrer Berliner Konfrontation lösten, gewann Walter Ulbrichts DDR an Spielraum für ihre eigenen politischen Ziele. Und nichts demonstriert die westliche Ohnmacht deutlicher gegenüber dem Moskauer Schützling als der Zuwachs der DDR-Handlungsvollmacht an den Grenzen.

Erstmals 1951 erhob die Ost-Berliner Regierung im zivilen Berlin-Transit Wegezoll („Straßenbenutzungsgebühr“). 1952 unterband sie den bis dahin freien Zugang der West-Berliner zur DDR, 1955 gingen die letzten sowjetischen Kontrollrechte für den



Kölnische Rundschau
„Und hier, liebe Freunde, finden Sie die Gegenmaßnahmen Ihrer Verbündeten“

zivilen Berlin-Verkehr zu Lande und zu Wasser an Ulbrichts Behörden über.

Nach dem Mauerbau 1961 verlegte das SED-Regime den West-Berlinern den Zutritt nach Ost-Berlin und erzwang Verhandlungen mit dem Schöneberger Senat über die Ausgabe von Passierscheinen. Und wie zuvor schon blieben auch später alle Bonner wie West-Berliner Proteste wirkungslos, als die DDR

- ▷ im April 1965 Mitgliedern des Deutschen Bundestages die Landpassage nach Berlin verwehrte,
- ▷ im März dieses Jahres die Transit-Wege nach Berlin für alle NPD-Mitglieder sperrte,
- ▷ im April diese Quarantäne auf Bundesminister und leitende Beamte der Bundesregierung ausdehnte.

Heimgeschick wurde am DDR-Kontrollpunkt Drewitz, als derzeitiger Bundesratspräsident, auch Berlins Regierender Bürgermeister Klaus Schütz, der einer Stadt vorsteht, die ihren Rammbock-Effekt gegen den Osten längst verloren hat. Aufgewühlt von Unruhe unter roten Fahnen, belastet mit einer Wirtschaft in roten Zahlen, geriet das Glitzerding — wenn es auch

zwischen dem „Langen Lulatsch“ und der Gedächtniskirche noch funktelt — in den eigenen Schatten.

Die Insel Berlin kostet die Bundesrepublik an jedem Tag mehr als acht Millionen Mark. Trotz der gewaltigen Subventionen, die Bonn in die alte Reichshauptstadt leitet, und trotz der stereotypen Beteuerungen des Senats, die Berliner Ökonomie sei „im Kern gesund“, haben weder Bonn noch Berlin-Senat die Krankheitskeime der Inselwirtschaft abtöten können. Es fehlen Geldgeber und Arbeitnehmer.

Im Krisenjahr 1967 schrumpften die Industrie-Investitionen um 25 Prozent, und die Zahl der Arbeitnehmer in der Industrie sank um 25 000 auf 267 000. Zum erstenmal war die Abwanderung größer als der Zuzug. Die Arbeitsämter buchten einen Wanderungsverlust von 5437 Werktätigen.

Zureisende westdeutsche Arbeitnehmer kehren häufig schon nach wenigen Monaten der Stadt den Rücken, weil sie keine preiswerten Wohnungen finden. Ansiedlungswillige westdeutsche Unternehmer finden auf dem von Spekulanten beherrschten Grundstücksmarkt keine billigen Anwesen, die ihnen den Umzug schmackhaft machen könnten.

Der Industrie ist Berlin schon längst bestenfalls noch einen Nebenanschluß wert. Einheimische Großunternehmen wie Siemens und AEG lagerten Forschungs- und Entwicklungsabteilungen nach Westdeutschland aus. Die Berliner Betriebe wurden zu Dependenzen herabgestuft. Von 2,2 Millionen West-Berlinern sind fast 600 000 Rentner, der Anteil der über 65jährigen ist beinahe doppelt so hoch wie im Bundesgebiet: 21 Prozent.

Diese Stadt, die an sich selber krank, bot sich der DDR geradezu als Mittel an, den Bonner Feind in die Defensive zu drängen. Und noch nie war die Gelegenheit so günstig wie in diesen Wochen: Der große Bruder in Moskau ließ sich für die längst ersehnten Pressionen um so eher gewinnen, als die DDR im zerfallenden Ostblock dem verschreckten Kreml blindlings in Treue fest zur Seite steht. Zwei Führungsmächte des Westens waren durch eigene Probleme gelähmt — Frankreich durch die Revolte seiner Arbeiter und Studenten, Amerika durch den Vietnam-Krieg und seinen Gesellschaftskonflikt nach dem zweiten Kennedy-Mord. Die Bundesrepublik schließlich lieferte den Vorwand: durch die Verabschiedung der Notstandsgesetze.

Noch vor zwei Jahren konnte der Staatsrechtler Professor Theodor Eschenburg in der „Zeit“ den Vorschlag machen, die Anerkennung der DDR für eine Garantie des Status von West-Berlin einzuhandeln. Letzte Woche, als die DDR-Aktion Bonn nur noch die Möglichkeit ließ, mit bloßem Protest zu reagieren, schien diese Art von Tauschgeschäft schon kaum noch denkbar.

Die zweitstärkste Handelsnation der Welt sah sich nicht einmal mehr imstande, wirtschaftlichen Druck gegen die DDR auszuüben. Die Möglichkeit, über den Interzonenhandel auf die



Frankfurter Rundschau

BONN

BRANDT-REISE

Thema Nr. 1

DDR politisch einzuwirken, ist dahin. Diese Waffe ist stumpf geworden, seit sich die DDR wirtschaftlich mehr und mehr an die Sowjet-Union gebunden hat und der Interzonenhandel schrumpft.

Vom Nachkriegshöchststand im Jahr 1966 (drei Milliarden Mark) sank das Interzonenhandelsvolumen im letzten Jahr um 8,6, im ersten Quartal dieses Jahres um 13 Prozent unter das Vorjahrsergebnis. Und heute ist Bonn am Interzonenhandel mehr interessiert als Ost-Berlin.

Noch vorletzte Woche schrieb Außenminister Brandt auf Drängen seines Wirtschafts-Genossen Karl Schiller an Kanzler Kiesinger einen Brief und forderte Zugeständnisse im Interzonenhandel: Schiller will der DDR Kredite und Steuernachlässe gewähren.

„Der Wind bläst uns nicht mehr ins Gesicht“, hatte Chruschtschow nach dem Mauerbau verkündet. Heute hat sich der Wind vollends gedreht: Er zaust Bonn.

20 Jahre lang hielt sich die Bundesrepublik für den einzig legitimen Nachfolge-Staat des zerstörten Deutschen Reiches — ein Anspruch, der sich noch heute in juristischen Absurditäten niederschlägt wie dem Zollgesetz, das laut Gesetzeskommentar „in den Grenzen von 1937“ gelten soll, oder im Gesetz über die Mehrwertsteuer, das „unter Inland im Sinne dieses Gesetzes“ ganz Deutschland diesseits von Oder und Neiße versteht.

20 Jahre lang, seit der Berliner Blockade, hatten die Wiedervereinigungspolitiker Bonns auf das falsche Pferd gesetzt. Das andere Nachkriegsdeutschland, das mit Gänsefüßchen „oben und unten“ zertreten werden sollte, wollten sie ignorieren, bis den kommunistischen Regenten die Luft ausgehen würde.

Doch nun leidet Bonn an gesamtdeutscher Atemnot. Die „scharfen Gegenmaßnahmen“, die der trostesalber nach West-Berlin geeilte Kanzler Kiesinger am Donnerstag letzter Woche ankündigte, erschöpften sich in Plänen, die der DDR-Regierung kaum weh tun — etwa die auch von Moskau gewünschte Unterzeichnung des Atomsperrvertrags zu verweigern oder DDR-Funktionären die Reisen in Nato-Länder zu verwehren.

So mag Weitsichtigen in Bonn letzte Woche klar geworden sein, daß Deutschland nicht nur den Ersten und den Zweiten Weltkrieg, sondern im Kalten Krieg auch die Wiedervereinigungsschlacht verloren hat.

Die Zeche für die Machtprobe vom 13. Juni zahlen die Deutschen, die zwischen den Fronten sitzen, die Berliner — Einwohner einer Stadt, über die ein Kanzlerberater gerade sagte: „Natürlich weiß man bei einem Krebskranken seit längerem, daß er sterben wird. Aber die Trauer beginnt eben erst, wenn er tot ist.“

Die DDR-Grenzer, die seit Donnerstag letzter Woche, 0.01 Uhr, die Pässe von Bundesbürgern mit dem Hammer- und Zirkel-Symbol zieren, drücken der Bonner Deutschland-Illusion den Stempel der Realität auf.

Vor fünf Wochen hatte Willy Brandt seinen Besuch in Belgrad angesagt. Als er am letzten Mittwochabend eintraf, waren die Gastgeber trotzdem überrascht.

Am Mittwochmorgen hatte der deutsche Außenminister seine Wien-Visite abgebrochen und war zum Krisen-Kabinett über die Berlin-Zufahrtswege nach Bonn geflogen. Davon informiert, bereitete sich das jugoslawische Protokoll bereits auf eine kurzfristige Absage Brandts vor.

In der Tat hatten sowohl Berliner Genossen als auch Kanzler Kiesinger dem Vizekanzler nahegelegt, Deutschland in dieser Situation nicht zu ver-

sprach mit seinem jugoslawischen Kollegen Marko Nikezić.

Thema Nr. 1: der von der DDR verordnete Visum-Zwang für West-Berlin-Besucher. Neue Spannungen um Berlin, so Brandt, dienten nicht der „Entkrampfung auf deutschem Boden“. Und weiter: „An einer neuen Berlin-Krise kann niemand Interesse haben, der es gut meint mit dem Abbau der Spannungen in Europa.“

Die Jugoslawen reagierten zurückhaltend. Zwar ließen sie durchblicken, daß sie Ulbrichts Maßnahmen nicht für vernünftig hielten, und machten auch keinen Hehl aus ihrem Ärger über den Zeitpunkt, doch bestanden sie offiziell darauf, daß solche Probleme von beiden deutschen Staaten selber gelöst werden müßten.

Tito und Nikezić wollten sich nicht in innerdeutsche Händel verstricken lassen. Ihnen lag vielmehr an der



Belgrad-Besucher Brandt, Gastgeber Nikezić: Ein DDR-Oberst lief davon

lassen. Doch Brandt und die Mehrheit des Kabinetts entschieden, es sei politisch falsch, die Reise abzusagen und dadurch möglicherweise die Jugoslawen zu verärgern.

Also flog Brandt am späten Mittwochnachmittag nach Belgrad. Aber als er dort gelandet war, konnte er sich seinen Gastgebern nicht verständlich machen: Düsenlärm erstickte seine Worte. Der Abgasstrahl einer startenden Caravelle peitschte Staub und Papierfetzen über den roten Teppich.

Hastig verließ derweil eine Militärperson das Flugfeld in Surčin: DDR-Militärattaché Oberst Harry Rathmann hatte Besuch aus Ost-Berlin empfangen und beeilte sich, dem Bonner Vizekanzler nicht vor die Füße zu laufen.

Jugoslawische Geheimpolizisten sicherten Dächer und Terrassen der Flughafengebäude: Schon Tage zuvor waren sie von ihren deutschen Kollegen über Morddrohungen Tito-feindlicher Nationalisten gegen den deutschen Minister informiert worden.

Unbehelligt verließ Willy Brandt den Flughafen und fuhr zum ersten Ge-

Lösung bilateraler Fragen, die sich zwischen dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen am 19. Oktober 1957 — Tito hatte vier Tage zuvor die DDR diplomatisch anerkannt — und deren Wiederaufnahme durch Bonns Große Koalition am 31. Januar 1968 angestaut hatten.

Dabei ging es vorwiegend um Wirtschaft und Finanzen. Belgrad verlangte von Bonn

- ▷ größere Importe zum Ausgleich der defizitären Handelsbilanz,
- ▷ vermehrte Anwerbung von Gastarbeitern und deren soziale Gleichberechtigung in der Bundesrepublik,
- ▷ Wiedergutmachungszahlungen für Opfer und Schäden durch die deutsche Besatzung im Zweiten Weltkrieg.

Der sozialdemokratische Außenminister, der die Rückkehr Bonns nach Belgrad und damit die praktische Annullierung der Hallstein-Doktrin zusammen mit dem christdemokratischen Kanzler Kiesinger gegen star-